

II-328 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

Tel.-Nr. 72 36 01, 72 36 86
Fernschr.: 1997
Telegrammadr.: BKA VU

Sektion IV — Verstaatlichte Unternehmungen

1015 Wien, Kantgasse 1

Zl. 74.879/3-8/72

Parlamentarische Anfrage Nr. 36/J
an den Bundeskanzler betreffend
das Unternehmenskonzept der ÖIAG

107 / A.B.
zu 36 / J.
Präs. am 31. Jan. 1972

An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton B e n y a
Parlament
1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat BURGER, Ing. LETMAIER, Dr. KAUFMANN, Dr. PELIKAN und Genossen haben am 2. Dez. 1971 unter der Nr. 36/J an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

" In den Sommermonaten 1971 sprach der Herr Generaldirektor der ÖIAG von einem Stahllösungsprojekt "Bundesstraße 17". Dieser Lösungsvorschlag wurde von Herrn Staatssekretär Dr. Veselsky überzeugend unterstützt. Damit hofft man, daß der erste Schritt für eine branchenweise Zusammenführung der Verstaatlichten Unternehmen getan wird.

Diese Lösung wäre sicherlich als eine Etappenlösung im Gesamtkonzept einer Reorganisation für die Verstaatlichten Betriebe anzusehen gewesen.

Nach einer Betriebsrätekonferenz des Böhler-Konzerns anfangs November d. J. ging man von diesem Vorhaben überraschenderweise wieder ab, ohne sich zu äußern, was die Ursache einer solchen sprunghaften Entscheidung war.

Man hört auch keine neuen Lösungsvorschläge.

Diese Vorgänge stellen jedes Unternehmenskonzept in Zweifel, wenn kein Unternehmen bereit ist, einer notwendigen Lösung für die Zukunft zuzustimmen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

- 1.) Was und wer war die Hauptursache, daß man vom Stahl-lösungsprojekt "Bundesstraße 17" abgegangen ist?
- 2.) An welcher neuen tragbaren Lösung wird nunmehr gearbeitet, oder strebt man derzeit, auf Grund der sich verschlechternden Auftragslage, keine neue Lösung an?
- 3.) Ist in einer konjunkturschwachen Periode überhaupt innerhalb der Unternehmen eine Lösung möglich?
- 4.) Wenn nein, warum nützte man nicht die günstige Auftragslage des Jahres 1970/1971 für eine tragbare Lösung aus?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu den Punkten 1) und 2)

möchte ich darauf hinweisen, daß die ÖIAG im Sinne ihres gesetzlichen Auftrages zur branchenweisen Zusammenfassung der verstaatlichten Unternehmungen nach wie vor darum bemüht ist, auch im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie eine Lösung zu finden, die eine einheitliche Führung dieser Unternehmungen zum Zwecke des kostenoptimalen Einsatzes der Produktionsmittel und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in den verschiedenen Bearbeitungsstufen vom Erz bis zum Fertigprodukt ermöglichen soll.

Bei diesen Überlegungen ist man sich darüber im Klaren, daß sich dieses Ziel wahrscheinlich nur schrittweise verwirklichen läßt. Um diesen Zweck zu erreichen, werden derzeit im Rahmen der ÖIAG intensive Untersuchungen angestellt, bei denen verschiedene Alternativen aktualisiert werden. Eine endgültige Entscheidung über die im Bereich des Eisen- und Stahlsektors zu treffenden Maßnahmen ist noch nicht gefallen. Die in der Anfrage erwähnten Projekte stellen lediglich Betracht-

tungen zum Thema Konzentration in der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie dar und schließen auch darüber hinausgehende Konzentrationskonzepte nicht aus.

Zu den Punkten 3) und 4)

Derartige Reorganisationsmaßnahmen haben an sich mit konjunkturschwachen oder konjunkturstarke Perioden direkt nichts zu tun. Eine konjunkturschwache Periode erscheint jedoch zur Durchführung branchenweiser Zusammenschlüsse insofern durchaus geeignet, als in einer solchen Konjunkturphase die Strukturschwächen der Unternehmungen deutlicher sichtbar werden und sich damit die Bereitschaft der Unternehmungen zur aktiven Mitwirkung an strukturändernden Maßnahmen entsprechend erhöht.

28. Jänner 1972

DER BUNDESKANZLER:

